

# Nach Hitzesommer: André Hoffmann appelliert an die Wirtschaft

**Klimawandel** Der Roche-Vizepräsident ruft beim Sommeranlass von Metrobasel zum Umdenken auf. Nachhaltigkeit soll zum Standortvorteil für Basel und die Schweiz werden.

Nina Jecker

Wohl zum ersten Mal freue er sich richtig auf eine längere Regenperiode, sagte André Hoffmann beim Sommeranlass von Metrobasel. Nach Wochen der Hitze, Trockenheit und Wasserknappheit ist für den Roche-Vizepräsidenten und Co-Präsidenten des WEF offensichtlich: Die Folgen des Klimawandels seien längst keine ferne Zukunftsfrage mehr, «obwohl wir sie immer noch häufig so behandeln». Und sie verlangen nach einem grundsätzlichen Umdenken.

Vor Gästen aus Wirtschaft, Politik und Gesellschaft, darunter auch Bundesrat Ignazio Cassis, richtete Hoffmann am Montag einen eindringlichen Appell an die Wirtschaft. Es gehe nicht allein darum, die Schweiz «wettbewerbsfähig» zu halten, Entscheidend sei vielmehr, welche Art von Wirtschaft unter den Bedingungen der Zukunft überhaupt noch erfolgreich sein könne.

Hoffmann sieht Basel und die Schweiz grundsätzlich gut positioniert. Politische Stabilität, Rechtssicherheit, starke Hochschulen, Innovation und insbesondere der Basler Life-Science-Cluster seien Trümpfe. Doch die internationale Konkurrenz verändere sich schnell. Wer wettbewerbsfähig bleiben wolle, müsse deshalb bereit sein, sich laufend neu zu erfinden.

Das gilt für Hoffmann auch beim Umgang mit den natürlichen Lebensgrundlagen. Unser Wirtschaftssystem rechne noch immer zu wenig damit, was der



«Unser Wirtschaftssystem rechnet zu wenig damit, was der Verbrauch von Ressourcen tatsächlich kostet», sagt André Hoffmann. Foto: Keystone

Verbrauch von Ressourcen tatsächlich kostet. CO<sub>2</sub>, der Verlust von Biodiversität oder die Leistungen funktionierender Ökosysteme würden nicht angemessen in die Rechnung einbezogen.

## Die Grenzen sind real

«Ich bin kein Grüner und auch ner, der gerne mit einem Panda kuscheln möchte», sagte er. Aber:

Die Grenzen des Planeten seien real. Mit ihnen könne man keine Handelsabkommen aushandeln und über sie lasse sich auch politisch nicht hinwegdeklamieren. Hoffmann nimmt einen Baum als Beispiel. In unserer heutigen Rechnung bestze er vor allem dann einen klaren wirtschaftlichen Wert, wenn er tot ist und als Holz verkauft wird. Dabei erbringe

ein lebender Baum laufend Leistungen: Er bindet CO<sub>2</sub>, produziert Sauerstoff, speichert Wasser und trägt zum Funktionieren eines ganzen Ökosystems bei. Sein Wert sei deshalb um ein Vielfaches grösser als der Preis seines Holzes. «Für den Roche-Eigentümer liegt im Umdenken auch eine Chance: Nachhaltigkeit könnte zu einem echten Standortvorteil

für die Schweiz und die Region Basel werden, die in ihrer Abhängigkeit von der Pharmaindustrie und internationalen Beziehungen besonders verletzlich sei. Hoffmann ist überzeugt: Wer es schaffe, wirtschaftlichen Erfolg mit den natürlichen Grenzen des Planeten zu verbinden, werde nicht weniger wettbewerbsfähig, sondern besser für die Zukunft gerüstet sein.

In eigener Sache

**«Basler Zeitung» wird vom Schweizer Presserat gerügt**

Der Schweizer Presserat hat eine Beschwerde gegen die «Basler Zeitung» gutgeheissen.

Er rügt einen Artikel vom Oktober 2024 über die Entschädigungen der Basler Grossratsmitglieder und stellt Verstösse gegen die journalistischen Pflichten zur Wahrheitsuche, Quellenbearbeitung und Berichtigung fest.

Konkret bezeichnete die BaZ 30 Grossratsmitglieder, die auf eine Anfrage zu ihren Entschädigungen nicht geantwortet hatten, als Personen, die sich «gewei-gert» hätten, ihre Einkünfte offenzulegen.

Laut Presserat hätte die Redaktion dafür eine bewusste und explizite Ablehnung feststellen müssen. Zudem sei eine Person fälschlicherweise als «verweigern» aufgeführt worden, obwohl sie im fraglichen Zeitraum noch gar nicht Mitglied des Grossen Rates war.

Auch die Angabe, GLP-Parlamentarier würden «null Prozent» an ihre Partei abgeben, sei falsch gewesen, da sie eine jährliche Mandatsabgabe von 2500 Franken entrichten. Das nachträglich publizierte «Korrekt» wertete der Presserat nicht als ausreichende Berichtigung.

Der Presserat stellt deshalb fest, dass die Basler Zeitung mit dem Artikel die Ziffern 1, 3 und 5 der «Erklärung der Pflichten und Rechte der Journalistinnen und Journalisten» verletzt hat.

Nina Jecker